

Bei den Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC ist eines der Hauptthemen die Abschaffung oder Beibehaltung der sog. Reservezonen für die traditionelle Landwirtschaft, die 1994 per Gesetz geschaffen worden waren. EL ESPECTADO stellte am 13.3.2013 die Hauptargumente der Befürworter und Gegner dieser Regelung dar.

Reservezonen für Kleinbauern entzündeten die Debatte

Die Reservezonen wurden 1994 durch das Gesetz Nr.160 geschaffen und als Mechanismus benutzt, der die traditionelle Landwirtschaft schützen sollte. Heute wird diese territoriale Maßnahme wieder Gegenstand der Debatte. Dies um so mehr, als aus Havanna Nachrichten kommen, man habe sich dort der Unterzeichnung erster Vereinbarungen zwischen Regierung und FARC über die ländliche Entwicklung genähert.

Das Thema war unvermeidlich während des gestrigen Forums, organisiert von der Universität Rosario, der deutschen Botschaft und der Tageszeitung El Tiempo, auch weil die FARC forderte, 9,5 Millionen Hektar Land in diese Regelung einzubeziehen und weitere derartige Zonen zu schaffen, u.a. in den Regionen Catatumbo, Lozada und Guayabero, wie am Dienstag Marcos Calarcá, Mitglied der Verhandlungsdelegation der FARC, ausführte.

Sofort wiesen jene Gruppierungen, die sich von Beginn an dem Friedensprozess widersetzt hatten, die Verlautbarung der FARC zurück und waren sich einig in der Bekräftigung der Behauptung, in Havanna werde "das Land in Gänze zum Verhandlungsgegenstand" gemacht. Die Antwort von Landwirtschaftsminister Juan Camilo Restrepo war deutlich: "Diese Gruppen, die gegen den Frieden sind, meinen den Verhandlungsprozess attackieren zu müssen, indem sie der Regierung vorwerfen, einem Vorschlag zuzustimmen, dem sie nicht zugestimmt hat. Es ist eine Sache, dass die FARC fordert, 59 Reservezonen mit politischer Unabhängigkeit zu schaffen, was jedoch weder dem Gesetz entspricht noch dem, was die Regierung in Havanna auf den Tisch legt".

Abgesehen von dem apokalyptischen Panorama, das die Opposition entwirft, sind für Restrepo die Reservezonen kein brauchbares Instrument, das zudem nicht unter der jetzigen Regierung geschaffen wurde. Gleichwohl erkennt er an, dass die Agrarpolitik der heutigen Regierung von Anfang an die Stärkung und Reaktivierung dieser Zonen beinhaltete, die von der Vorgängerregierung stigmatisiert und angegriffen worden seien. "Wenn die Voraussetzungen für die Sicherheit hergestellt werden, könnte das die Schaffung einer neuen Zone in Montes de María rechtfertigen, aber das Thema wird nicht das sein, das die FARC vorschlägt, denn ihr Vorschlag würde zur Schaffung einer Konstellation unabhängiger Republiken führen", versicherte Minister Restrepo.

Auf der Gegenseite beharrte der Präsident der Viehzüchtervereinigung Fedegan, José Felix Lafaurie gegenüber EL ESPECTADOR, die Reservezonen stellen "einen Rückschritt" dar... Für Lafaurie ergeben derartige Zonen nur dann Sinn, wenn sie den Kleinbauern Unterstützung bieten, indem sie technische Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung von Produktionsketten leisten, "aber wenn sie darauf abzielen, politische Enklaven unter Ausschluss der Kleinbauern zu bilden, in denen die Subversion das Sagen hat, dann verweigere ich mich, den dies führt zu Konflikten in den Produktionszonen".

Auf der anderen Seite hält Ex-Präsident Samper die Reservezonen für ein notwendiges Instrument für die Strategie der Wiederansiedlung von Kleinbauern in Zonen, aus denen sie durch die kriegerischen Auseinandersetzungen vertrieben wurden, auf der Grundlage des

Gesetzes über Opferentschädigung und Wiedereinsetzung in Eigentumstitel. "Wenn wir es so anfangen, dass wir Besitztitel lediglich individuell wieder anerkennen und erwarten, jeder Kleinbauer könne allein für sein Überleben sorgen, dann liefern wir ihn ganz einfach jenen aus, die sie erneut vertreiben und unterdrücken werden. Deswegen sind die Reservezonen ein unverzichtbares Instrument, um politisch bei der Landverteilung voranzukommen", führte Samper aus, der die Gelegenheit nutzte, Lafaurie mitzuteilen, dass er mit dessen Idee, Ländereien nach ihrer Nutzung und nicht nach ihrem Verkehrswert zu registrieren, nicht einverstanden sei. "Dies ist die typische Position der Viehzüchter, die gewohnt sind, über große, unproduktive Ländereien zu verfügen, auf die sie keine Steuern zahlen".

Wie es scheint, hat die angekündigte Debatte über die Reservezonen für Kleinbauern das politische Panorama in Havanna und hier im Land erhitzt. Und auch die Zivilgesellschaft fordert Raum, um über Ländereien zu sprechen: Die Vereinigung der Reservezonen Anzorc lud mit einem Brief an die Verhandlungsparteien in Kuba diese ein, am Dritten Nationalen Treffen von Vertretern der Reservezonen am 22. und 23. März in San Vicente del Caguán teilzunehmen.